

Zehn Fragen des Bundes Naturschutz zur Landtagswahl 2008

Antworten der LINKEN Bayern

Frage 1: Sind Sie für einen sanften Ausbau der Donau mit ausschließlich flussbaulichen Maßnahmen?

Ja, wir sind für einen solch schonenden Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen. Damit wäre sinnvoll der Schifffahrt gedient, die mehr Güter emissionsarm transportieren könnte, während der Eingriff in den Naturhaushalt gering bliebe. Die LINKE lehnt demgegenüber den von der CSU geplanten zerstörerischen Staustufen-Ausbau in diesem Abschnitt entschieden ab. Schon die PDS hatte den geltenden Bundestagsbeschlusses zum Donauausbau vom 07.06.2002 unterstützt, welcher einzig einen staustufenlosen Ausbau des Flusses vorsieht, und dazu auch einen eigenen Antrag eingebracht.

Mit Unterstützung der Staatsregierung und CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten treibt jedoch die Bezirksregierung in tollkühner Selbstherrlichkeit uralte Pläne voran, den Abschnitt mit einer Staustufe und einem Durchstich bei der Mühlhamer Donauschleife auszubauen. Wird dieses Vorhaben verwirklicht, bliebe eine einzigartige Auenlandschaft, die heute noch eines der letzten Rückzuggebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten ist, zugunsten einer Donauautobahn für den Schwerlastverkehr auf der Strecke.

Die Flüsse haben in der Vergangenheit genug an Wasserstraßenprojekten und wasserbaulichen Maßnahmen gelitten. Nur 12,5 Prozent der natürlichen Gewässer Bayerns sind unverbaut oder gering verbaut. Gemeinsam mit den Umweltverbänden und den Menschen in der Region wird sich DIE LINKE. darum dafür einsetzen, dass die vom Bezirk Niederbayern und der bayerischen Staatsregierung betriebene „Donauwelle rückwärts“ verhindert wird.

Frage 2: Setzen Sie sich für die Einrichtung eines ersten fränkischen Nationalparks im Bereich der staatlichen Wälder im nördlichen Steigerwald ein?

Ja, die Ausweisung des Nördlichen Steigerwaldes zwischen Ebrach, Geroltzhofen und Eltmann als Nationalpark würde den Anteil der wirksam geschützten Flächen in Bayern endlich erhöhen.

Die bayerische Staatsregierung bzw. das Landesparlament sind darüber hinaus aufgefordert:

- den Anteil von Schutzgebieten an der Landschaftsfläche von gegenwärtig 13,5 Prozent auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen.
- die bestehenden und neu zu schaffenden Schutzgebiete großräumig miteinander zu vernetzen, um Tieren und Pflanzen die Möglichkeit zu geben, zu wandern, sich zu paaren bzw. sich genetisch auszutauschen. Dies wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel. Denn die erwartete Verschiebung der Vegetationsgrenzen um hunderte Kilometer in Richtung der Pole sowie die Verschiebung der Dauerfrostgrenze um mehrere hundert Meter nach oben wird für viele Arten Wanderungen in neue Lebensräume erzwingen. Schutzgebietsbrücken sind dafür unerlässlich.
- Anreize zu schaffen, um den zusätzlichen Flächenverbrauch für verkehrs- und Siedlungsflächen in Höhe von gegenwärtig 20,6 Hektar am Tag zu stoppen sowie Entsiegelungen an nicht mehr benötigten Flächen vorzuschreiben bzw. attraktiv zu machen.
- die Einhaltung der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft und der Düngemittelverordnung besser zu überwachen und den ökologischen Landbau als besonders naturschonende Variante der Landwirtschaft stärker zu fördern.
- die bestehenden Arten- und Biotopschutzprogramme stärker an den sich vollziehenden Klimawandel auszurichten sowie Programme aufzulegen, die den Schutz vor Bergrutschen infolge des Auftauens des Permafrostbodens in den hochalpinen Gebieten zum Inhalt haben. (Siehe auch Beantwortung der Frage 6)

Frage 3: Setzen Sie sich für Bayern als gentechnikfreie Region und das Verbot jeglicher gentechnischer Freilandversuche in der Land- und Forstwirtschaft in Bayern ein?

Ja, denn Gentechnik in der Landwirtschaft ist nutzlos und riskant. Die so genannte Agro-Gentechnik stiftet Unfrieden in den Dörfern. Sie gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei. Sie bringt Bäuerinnen und Bauern in immer stärkere Abhängigkeit von transnationalen Agrochemie-Konzernen wie Monsanto, Bayer oder BASF. Diese haben nur ihre Profitmaximierung, nicht aber die Interessen der Landwirtschaft im Kopf. Gentechnisch veränderte Pflanzen können sich unkontrolliert ausbreiten. Auf andere Äcker und auch in die Natur. Die Trennung von gentechnisch veränderten und normalen Pflanzen ist in der Praxis kaum möglich. Dafür gibt es unzählige Beispiele internationaler Skandale.

Im Freistaat Bayern findet die Agro-Gentechnik bisher wenige Freunde. Seit Jahren gibt es Freisetzungsversuche, die mit Steuermitteln finanziert werden. Landwirtschaftsbetriebe haben sich bisher aber bis auf wenige Ausnahmen in den Landkreisen Kitzingen und Würzburg noch gar nicht überzeugen lassen auf ihren Äckern Genmais auszusäen. Und das soll auch so bleiben!

Die LINKE in Bayern lehnt die Agro-Gentechnik ab. Wir brauchen weder Genmais auf unseren Äckern, noch Gensoja in den Futtertrögen unserer Milchkühe. Wir unterstützen basisdemokratische Proteste und die Einrichtung von gentechnikfreien Regionen oder Kommunen. Wir fordern: Keine Steuermittel für riskante Freisetzungsversuche. Kein Anbau von Genmais auf bayrischen Staatsgütern. Stattdessen muss die konventionelle und die ökologische Forschung gestärkt werden. Wir brauchen regionale Lösungen und nicht internationale Laborpflanzen, die nur zur Profitmaximierung weniger Konzerne dienen.

Frage 4: Setzen Sie sich für den Sofortausstieg aus der lebensbedrohenden und den Klimaschutz blockierenden Nutzung der Atomkraft ein?

Ja, denn die LINKE wendet sich gegen Scheinlösungen und Hochrisikotechnologien, auf die die Staatsregierung setzt, wie die Atomwirtschaft, die Agrogentechnik oder die Abscheidung und unterirdische Verpressung von Kraftwerksemissionen.

Was die Atomkraft betrifft, so wäre ein Sofortausstieg der konsequenteste Schritt für einen glaubhaften Wandel im Energiesystem. Atomkraft ist im Betrieb unverantwortlich riskant und hinterlässt für hunderttausende von Jahren ein strahlendes Erbe. Die Endlagerfrage ist bis heute nirgendwo in der Welt gelöst.

Dies ist der CDU/CSU und FDP augenscheinlich egal. Sie meinen, die Strompreise würden durch mehr Atomstrom sinken. Doch selbst dies ist falsch und offenbart naive Vorstellungen darüber, wie Energiemärkte funktionieren. Mehr Atomstrom wird lediglich die ohnehin astronomischen Gewinne der Energieversorger vermehren.

Der Handelspreis an der Strombörse richtet sich nicht nach dem niedrigsten Grenzkosten bei Brennstoffen und Betrieb, sondern nach den höchsten. Und zwar jener Kraftwerke, die gerade noch benötigt werden, um die jeweilige Nachfrage zu bedienen. Das sind in der Regel Gas- oder Steinkohlekraftwerke, nie aber abgeschriebene Atomkraftwerke. Im Gegenteil: Je tiefer ein Kraftwerk unter den genannten Kosten liegt, umso höher dessen Gewinne. Deshalb bedeutet jede Stunde, die längst abgeschriebene Atom- oder Braunkohlekraftwerke länger laufen, zusätzliche Profite für den überkommenen fossil-atomaren Energiesektor.

Wenn die Union meint, „sichere Kernkraftwerke“ bis 2020 abzuschalten sei „keine konsistente Energiepolitik“, dann verharmlost sie die permanenten und langfristigen Gefahren der Atomwirtschaft. Nicht einmal das Atommüll-Versuchsendlager Asse II hält wenigstens einige Jahrzehnte dicht. Schon jetzt tritt radioaktive Salzlauge aus. Wie soll woanders über -zig Generationen Langzeitsicherheit gewährleistet werden? Allein das ungelöste Endlagerproblem wird die Menschheit also noch Jahrtausende beschäftigen. Das sollte CDU/CSU und FDP den Wählern auch sagen, wenn sie Laufzeitverlängerungen zum Wahlkampfthema macht.

Mit dem dann von der Regierungsmehrheit verabschiedeten Atomausstiegsgesetz wurde den Energiekonzernen eine Verstromungsgarantie gegeben, die sie vorher nie hatten. Diese wird auch schamlos ausgenutzt, beispielsweise dadurch, dass AKWs, die kurz vor Ende der Restlaufzeit stehen, für „Reparatur und Revision“ vom Netz genommen werden, damit sie in die nächste Wahlperiode hinüber gerettet werden können. Von dieser erhoffen sich die Versorger, den Ausstiegsbeschluss unter einer neuen Regierung zu kippen. Ähnliche Ziele werden durch die Übertragung von Restlaufzeiten zwischen den Kraftwerken verfolgt. Zudem ist der Weiterbetrieb abgeschriebener

Atomkraftwerke eine Lizenz zum Gelddrucken. Diese komfortable Lage wollen die Betreiber natürlich verlängern.

Sie wollen dies, obwohl inzwischen neue Gefahren lauern: Die Tatsache, dass eine ganze Reihe von AKW's einen Terrorangriff mit Großraumflugzeugen nicht standhalten könnten, ist inzwischen bekannt. Vorschläge zur Gefahrenabwehr, wie die Stationierung von Boden -Luft-Raketen rund um AKW's oder eine mögliche Vernebelung bei Gefahr sind hanebüchen. Die Antwort kann nur die schnellstmögliche Abschaltung aller AKW's sein. Eine Verlängerung der Laufzeiten kommt darum für uns nicht in Frage. Im Gegenteil: Die Linke steht nach wie vor für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Das bedeutet auf der anderen Seite eine Forcierung von regenerativen Energien und Energieeinsparung durch Vermeidung sowie die drastische Erhöhung der Energieeffizienz.

Die Versicherungspflicht für AKW's muss angehoben werden. Die Gewinne, die die AKW-Betreiber durch ihre steuerfreien Rückstellungen und durch den Strompreisanstieg infolge des Emissionshandels machen können, müssen abgeschöpft werden. Damit könnten viele notwendige Maßnahmen finanziert werden, die eine Kompensation der Strommengen für die abgeschalteten AKW's und Kohlekraftwerke gewährleisten. Würden zudem alle externalisierten Kosten der AKWs in den Betrieb eingespeist werden, die für jeden normalen Industriebetrieb üblich sind (z.B. Endlagersuche, Versicherungspflicht auch für einen GAU), wäre kein einziges AKW in Deutschland wirtschaftlich.

Wer dagegen hochriskante Dinosaurier-Technologien als Zukunftsoptionen verkauft, gefährdet schon mittelfristig den Standort Deutschland: Wird die längst überfällige Energiewende hin zu Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme durch neue Atomphantasien ausgebremst, so begibt sich die Bundesrepublik in eine sich verschärfende Abhängigkeit von ausländischen Energierohstoffen. Zudem ist auch der Rohstoff Uran endlich. Die derzeitige Lage wird durch das Ende der sogenannten Sekundärfunde bis 2023 erheblich verschärft werden. Sollten mehr AKWs weltweit ans Netz, wie in einigen Ländern propagiert (u.a. China und Indien), sinkt die Verfügbarkeit dementsprechend auf 20 oder 30 Jahre. Die Atomwirtschaft ist also eine Sackgasse.

Frage 5: Setzen Sie sich für ein bayerisches Klimaschutzziel mit einem bayerischen Minderungsziel ab 2008 „- 3 Prozent“ pro Jahr bis 2020 ein?

Ja, denn der Bund Naturschutz hat mit dieser Frage sicherlich gemeint, dass Bayern einen adäquaten Betrag zur Erfüllung des Ziels beitragen soll, dass Deutschland seine Klimagasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 senkt. Dieses Ziel unterstützt die LINKE außerordentlich. In Bezug darauf aber, welche Minderungsleistung welches Bundesland erbringt, haben wir eine etwas abweichende Position.

Mit dem „- 3-Prozent“-Minderungsziel für Bayern ab 2008 würde man 2020 bei einer Einsparung von rund 30 Prozent Klimakillern ankommen. Diese Minderung wäre zwar niedriger als die 40 Prozent-Marke, würde allerdings mehr als doppelt so hoch ausfallen, wie es das aus ökologischer Sicht anspruchsvolle Maßnahmenzenario der Studie "Klimaschutzstrategie in Bayern" des Öko-Instituts errechnet hat. Dieses sieht für Bayern in diesem Zeitraum minus 15 Prozent als ambitioniert, aber realistisch an.

Uns scheint die Studie des Öko-Instituts schlüssig. Schließlich beruht die bayerische Stromproduktion gegenwärtig aufgrund der falschen Energiepolitik der CSU zu etwa 64 Prozent auf unverantwortlich riskanter Atomkraft, welche natürlich schnellstmöglich abgeschaltet werden muss. Nach dem Atomkompromiss der damaligen Rot-Grünen Bundesregierung wird in Bayern mit Isar 1 erst im Jahr 2011 das erste AKW vom Netz gehen. Es hat eine installierte Nettoleistung von 878 MW. Folgen werden 2015 Grafenrheinfeld mit 1.275 MW, in den Jahren 2017 und 2019 Grundremmingen C und B mit 1.288 bzw. 1.284 MW sowie im Jahr 2020 Isar 2 mit 1.400 MW. Alle diese Kraftwerke zusammen produzieren mit ihren 6.420 MW zirka 44 Terrawattstunden (TWh) Strom im Jahr. Auch wenn man davon ausgeht, dass der Stromverbrauch bis 2020 bei einer aktiven Einsparpolitik spürbar sinken wird - Stichwort Verdopplung der Energieproduktivität bis 2030 durch TOP-Runner-Programme und stärkeren Einsatz der Kraft-Wärmekopplung sowie energetische Gebäudesanierung u.a.m. -, kann der bayerische Atomstrom bis 2020 wahrscheinlich nur zum Teil durch regenerative Energieträger innerhalb Bayerns ersetzt werden. Deren Anteil an der Stromversorgung Bayerns liegt gegenwärtig bei 13 Prozent, wobei davon ein großer Teil aus Wasserkraftwerken stammt, deren Kapazität sinnvoll nicht wesentlich erweitert werden kann. Deshalb wird der Bau von Gaskraftwerken wohl ebenso wenig zu vermeiden sein wie vorübergehende Stromimporte aus anderen Bundesländern oder dem Ausland.

Vor allem aber: Selbst dann, wenn die gesamten 44 Terrawattstunden durch Erneuerbare ersetzt werden könnten, würde dadurch zunächst keine Tonne CO₂ gespart. Abgesehen vom geringen Steinkohleanteil, der natürlich weiter reduziert werden kann, müssten daher fast sämtliche CO₂-Einsparungen Bayerns entweder aus Verbrauchsminderungen und/oder aus den Bereichen Verkehr und private Haushalte kommen. Im Umfang von 30 Prozent halten wir das aber - ebenso wie das Ökoinstitut - für wenig realistisch. Ein vergleichbarer Austausch von Kohle gegen Erneuerbare in den Kohleverstromungsländern dagegen - etwa in NRW, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt - hätte vergleichsweise große CO₂-Einsparungen zur Folge.

Unter Berücksichtigung der geschilderten Problematik unterschiedlicher Ausgangsbedingungen beim überkommenen Strom-Mix kommen wir deshalb zu dem Ergebnis, dass das bundesweite Minderungsziel von minus 40 Prozent nicht 1:1 auf alle Bundesländer herunter gebrochen werden kann. Die Kohleländer müssen wesentlich mehr schultern, AKW-Länder - wenn sie abschalten - entsprechend weniger. Mit den vom Ökoinstitut ermittelten minus 15 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 oder 1,5 Prozent im Jahr ab 2008 hätte Bayern einen angemessenen Beitrag zur Erfüllung des bundesweiten Klimaschutzziels und der Umsetzung des Ausstiegsbeschlusses aus der Atomkraft geleistet.

Der Ausstieg aus Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss sich als Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energien und moderne Energiemanagementsysteme profilieren. Ein Neubau von Kohlekraftwerken als Ersatzkapazitäten wäre dagegen ein Weg in die Vergangenheit und ein Schlag gegen den Klimaschutz. Die LINKE in Bayern lehnt ihn deshalb ab. Gleiches gilt für Beteiligungen von bayerischen Stadtwerken an Kohlekraftwerken in anderen Bundesländern.

Die LINKE fordert die Übertragung der Stromnetze in die öffentliche Hand sowie die Re-Kommunalisierung der Erzeugungskapazitäten. Nur so kann Oligopol-Absprachen, Preismissbrauch und Strukturkonservatismus der überkommenen fossil-atomaren Energielobby wirksam entgegengetreten werden. So lassen sich am einfachsten innovative Strategien zur Energieeinsparung und zum Ausbau erneuerbarer Energien entwickeln und umsetzen.

Die LINKE wird im Landtag dafür eintreten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Rückkauf von Stadtwerksanteilen von E.ON oder anderen EVUs befördern. Die bayerische Staatsregierung muss die Bundesregierung auffordern und unterstützen, die Übertragungsnetze eigentumsrechtlich von den Stromkonzernen zu trennen und in geeigneter öffentlicher Form zu übernehmen.

Im Hinblick auf das europäische Emissionshandelsystem tritt die LINKE in Bayern dafür ein, schnellstmöglich die kostenlose Vergabe der wertvollen Zertifikate an die Stromversorger zu beenden. Denn die Versorger preisen den Marktwert der ihnen geschenkten Emissionsrechte in den Strompreis ein und erzielen so Sondergewinne in Milliardenhöhe. Entsprechend sollte sich die Staatsregierung auf europäischer Ebene und im Bundesrat positionieren.

Erstes Ziel der Klima- und Energiepolitik in Bayern muss es sein, Energie in der Erzeugung und Anwendung durch intelligente Erzeugung, Verbrauchsvermeidung und steigende Energieeffizienz von Maschinen und Geräten einzusparen. Dies nützt nicht nur dem Klima. Es kann auch vor den seit Jahren steigenden Energiepreisen schützen. Entsprechende Vorschläge sind detailliert in unserem Wahlprogramm zu finden.

Wo Verbrauchsreduzierung nicht oder nur schwer möglich ist, dürfen die hohen Preise nicht zur Energiearmut führen. Die LINKE stemmt sich dagegen, ärmere Haushalte von einem angemessenen Wärme- und Stromverbrauch auszuschließen.

Um den schwierigen Umbau des fossil-atomaren auf ein nachhaltiges und versorgungssicheres Energiesystem voranzubringen, sind neue Forschungsleistungen erforderlich. Die Mittel dafür sind jedoch zu niedrig und teilweise auch falsch eingesetzt. So wurden Millionen für Transrapid und FRM II verpulvert, statt an erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, innovativen Netzen und Energiemanagementsystemen sowie umweltfreundlicher Mobilität zu forschen. Die bayerische Staatsregierung bzw. der bayerische Landtag sind aufgefordert, dies zu beenden und dafür die Energie- und Verkehrsforschung an den Zukunftsaufgaben zu orientieren.

Frage 6: Lehnen Sie den Bau von neuen Kraftwerken zur Stromerzeugung in Bayern ohne vollständige Kraft-Wärme-Kopplung ab?

Ja, denn die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme kann bei entsprechender Nutzung den Wirkungsgrad von Kraftwerken auf bis zu 90 Prozent anheben. Der Ausbau der KWK ist damit ein Schlüsselement um die Effizienz bei der Energieerzeugung und -umwandlung deutlich anzuheben.

Das gilt im Übrigen auch für die Nutzung von Biomasse. Biogasanlagen ohne Wärmeauskopplung haben einen unakzeptabel niedrigen Wirkungsgrad. Von der erhofften Klimagaseinsparung durch die Nutzung erneuerbarer Rohstoffe bleibt dann bei Betrachtung der gesamten Prozesskette (Düngung, Transport, Aufbereitung etc.) nicht mehr viel übrig.

Frage 7: Sind Sie für die Erhöhung der Finanzmittel für den Naturschutz und die Umweltbildung zur Sicherung der Artenvielfalt und Lebensqualität pro Jahr von 40 auf 100 Millionen Euro?

Ja, wir unterstützen den Vorschlag, die Mittel für den Naturschutz und die Umweltbildung deutlich anzuheben. Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Naturlandschaft. Sie reicht vom Frankenwald über die bayerischen Seen bis hin zu den Alpen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Bayern ist mit diesen Regionen tief verbunden. Dennoch sind sie bedroht. Zunehmende Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie, Zerschneidung von Naturräumen, Verkehrsemissionen und Lärm sowie teilweise auch touristische Übernutzungen schädigen Landschaften und Biotope. Zunehmend setzt auch der Klimawandel den heimischen Arten zu.

Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrersarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit 1975 auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Auch hat das Spektrum unterschiedlicher Lebensräume abgenommen. Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der Artenvielfalt zu verzeichnen. Insbesondere sind Arten der Offenlandschaften, wie Feld- und Wiesenbrüter betroffen. Dieser Prozess muss aufgehalten werden. Eine besser ausgestattete Naturschutzpolitik kann einen Beitrag dazu leisten. (Siehe auch Beantwortung der Frage 2)

Frage 8: Sind Sie für die Verlagerung großer Teile des Flugverkehrs auf die Schiene und gegen einen Ausbau des Flughafens München mit einer 3. Start- und Landebahn sowie den Ausbau von Regionalflughäfen?

Ja, denn der wachsende Flugverkehr droht die Klimagaseinsparungen in anderen Bereichen wieder zunichte zu machen. Die Klimawirkung des Luftverkehrs wird in den offiziellen Klimabilanzen der Bundesregierung massiv unterschätzt. Schon jetzt sind unter Berücksichtigung der stärkeren Klimaschädlichkeit der Flugzeugemissionen in großen Höhen rund 8 Prozent der Klimabelastungen Deutschlands dem Luftverkehr zuzurechnen. In Deutschland und in Europa wächst die Verkehrsleistung des Luftverkehrs jeweils um ca. 5 Prozent pro Jahr. Zieht man davon die Fortschritte bei der Verbesserung der Treibstoffeffizienz ab, nehmen der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen des Luftverkehrs um 3,5 Prozent pro Jahr zu. Dies bedeutet eine Verdoppelung des Energieverbrauchs und der Emissionen innerhalb von 20 Jahren. Die Klimabelastungen des Luftverkehrs werden laut Weltklimarat bereits etwa ab dem Jahr 2013 die Klimawirkungen des Pkw-Verkehrs übertreffen. Das ist völlig unakzeptabel. Darum muss Verkehr von der Luft auf die Schiene verlagert werden.

Aus demselben Grund darf nicht den Wünschen der Staatsregierung nachgegeben werden, die Flughäfen weiter auszubauen. Schließlich gibt es erhebliche Verlagerungspotenziale, je nach Entfernungsbereich und Parallelangebot der Bahn. Um diese nutzen zu können, verweisen wir auf die Forderungen des BUND aus einer aktuellen Studie, die wir unterstützen:

- Abweisung von Verkehr mit sehr niedrigen Frequenzen und Einsteigerzahlen (z.B. mit Hilfe einer Staffelung der Start- und Landegebühen),
- Verlagerung innerdeutscher Kurzstreckenflüge bei einem entsprechend attraktivem Parallelangebot auf die Bahn,
- Kürzung der Maximalfrequenzen auf innerdeutschen Strecken auf 10 pro Tag und Einsatz größerer Maschinen,
- Ausdünnung von sehr schwach ausgelasteten Flugstrecken, um deutlich höhere durchschnittliche Besetzungsgrade von ca. 80 Passagieren zu erreichen

Offensichtlich hat die Politik Angst davor, sich mit den Luftfahrtverbänden anzulegen. Da macht es sich gut, die Fluggäste vorzuschieben. Doch wo Emissionen so rasant steigen und derart umweltschädlich sind, ist kein Platz für Dumping-Tickets auf Kosten des Weltklimas. Drei-Tage-Trips nach Paris oder Rom sind Luxus, ohne Wenn und Aber. Genauso wie mehrere Transkontinentalflüge

im Jahr. Darum müssen Instrumente her, die in der Lage sind, dem Wahnsinn über unseren Köpfen einzudämmen.

Die EU ist mit der Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel den falschen Weg gegangen. Denn so bekommt die Fliegerei keinen festen Deckel zur Emissionsbegrenzung und kann ungebremst weiter wachsen. Schließlich könnten die Fluggesellschaften jederzeit den Deckel lüften, um zusätzlich benötigte Zertifikate aus dem Energiebereich oder von Auslandsprojekten aufzukaufen. Und zwar billig, denn der die EU-Richtlinie hat einen zweiten Fehler: Flugemissionen müssten in einem solchen Handelssystem eigentlich mit dem Faktor zwei bis vier abgerechnet werden, weil durch Flugzeuge in der Höhe emittiertes CO₂ rund zwei bis vier Mal klimaschädlicher ist als beispielsweise CO₂-Kraftwerksemissionen. Gerechnet werden soll aber eins zu eins.

Die beste Lösung wäre, aus dem Emissionshandel im Flugbereich ein eigenes abgeschlossenes System zu machen. Darüber hinaus sind emissionsabhängige Start- und Landegebühren verbindlich einzuführen. Und schließlich müssen alle steuerlichen Privilegien für die Luftfahrt fallen. Dies ist längst überfällig. Zudem kann die bayerische Landesregierung die billigeren Gebühren für Billigflieger in eigener Regie abschaffen, da die beiden großen Flughäfen München und Nürnberg in öffentlicher Hand sind, wovon das Land fast die Hälfte der Anteile hält.

Frage 9: Lehnen Sie generell geplante Autobahnen durch Bayern, wie z.B. die A94 durch das Isental, die A99 Südring München, die Fichtelgebirgsautobahn, die Westumfahrung Würzburg ab?

Ja, denn die Mobilität in Bayern muss auf einen Klimaschutzpfad gebracht werden. Sie ist auf einen attraktiven, bezahlbaren und umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr, Fahrradfahren, Zufußgehen und Verkehrsvermeidung auszurichten, und nicht auf Verkehrswachstum, motorisierten Individualverkehr oder immer mehr Autobahnen oder gar Prestigeprojekte, wie den glücklicherweise mittlerweile versenkten Transrapid.

Die geplanten Trassen werden nicht nur noch mehr Verkehr erzeugen, sondern auch die Landschaft zerschneiden. Die LINKE tritt für Tempo 130 und dafür ein, die Bahn in der Fläche zu stärken bzw. wieder zu verankern.

Für den Straßenverkehr muss gelten: Erhaltung vor Neubau, denn Bayern hat bereits ein großes und gut ausgebautes Straßennetz. Ortsumfahrungen sollten nur noch in Ausnahmefällen und nach sorgfältiger Einzelfallprüfung gebaut werden.

Insgesamt gilt für den Verkehrsbereich, wie auch für die Flughäfen: „Kampf gegen die Betonmafia!“.

Frage 10: Setzen Sie sich dafür ein, dass der Staatswald ausschließlich nach Gemeinwohlinteressen und nicht gewinnorientiert bewirtschaftet wird?

Ja, denn der bayerische Staatswald ist ein wertvolles Naturerbe. Der Naturschutz und die nachhaltige Forstwirtschaft muss Vorrang haben. Dazu gehört auch mehr Personal in den Staatsforsten. Es geht um den Umbau des Waldes vom Fichten- in den Mischwald sowie um eine Reduzierung des Verbisses durch Verminderung des zu hohen Reh- und Rotwildbestandes. Zudem muss der Bergwald besser geschützt werden, der vielfältige Schutzfunktionen, beispielsweise vor Murren und Lawinen, ausübt.